

Sperrfrist: 3. Mai 2007
Es gilt das gesprochene Wort!

Rede
des Bundesministers der Finanzen
Peer Steinbrück
bei der Jahresversammlung 2007 der
Hochschulrektorenkonferenz

am 3. Mai 2007

in

Gießen

Einleitung

Sehr geehrte Frau Professor Wintermantel,
sehr geehrter Professor Hormuth,
sehr geehrter Professor Thies,
sehr geehrter Ministerpräsident Koch,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hau-
mann,
meine Damen und Herren,

Schon vor 200 Jahren wusste Goethe *“Es ist nicht genug zu wissen, man muss es auch anwenden“*.

Ohne Zweifel gehörte der Namensgeber der Universität Gießen, der Chemiker Justus Liebig, zu jenen, die diesen Ratschlag in besonderer Weise befolgten. Wie sonst wäre es zu erklären, dass wir Herrn Liebig eine ganze Reihe bis heute unverzichtbarer Erfindungen zu verdanken haben. Als da wären zum Beispiel:

- Der Silberspiegel, der den bis dahin gebräuchlichen Quecksilberspiegel ersetzte, dessen Herstellung wiederum zum Siechtum und qualvollen Tod vieler Arbeiter führte.

- Oder die Entwicklung des Fleischextraktes, durch die es gelang, die bei der Häutegewinnung anfallenden riesigen Rindfleischmengen in Südamerika sinnvoll zu verwerten.
- Die Säuglingsnahrung als Ersatz für die Muttermilch.
- Das so genannte „Fleischinfusum“, das der Ernährung Schwerkranker diente.
- Das Backpulver, das die Brotherstellung revolutioniert hat.
- Und *last but not least* haben wir Liebig auch die Vorläufer unserer heutigen Edelstähle zu verdanken.

All dies wäre eigentlich schon Grund genug, die diesjährige Jahresversammlung der Hochschulrektorenkonferenz unter dem Thema „Hochschule – Wirtschaft“ hier an der langjährigen Wirkungsstätte Liebigs abzuhalten.

Damit aber nicht genug: In wenigen Tagen - genauer am 19. Mai – feiert die Universität Gießen ihren 400. Geburtstag - und das passende Geburtstagsgeschenk ist ja in Form des positiven Abschneidens der Justus-Liebig-Universität bei der ersten Runde der Exzellenzinitiative auch schon angekommen.

Wenn auch wesentlich jünger, so möchte ich dennoch nicht unerwähnt lassen, dass auch das Stadttheater, in dem wir uns hier befinden, Geburtstag feiert: vor 100 Jahren wurde es als „Denkmal bürgerlichen Gemeinsinns“ errichtet. Beiden Geburtstagskindern meinen herzlichen Glückwunsch verbunden mit den besten Wünschen für die Zukunft!

Sie werden mir sicher zustimmen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, dass die Entwicklung der Stadt Giessen auch nach der Ära Liebig untrennbar mit der Universität und damit der Wissenschaft verbunden war. Man könnte diese Verbindung kaum besser zum Ausdruck bringen, als Sie es mit dem Motto „Wissen schafft Stadt“ tun, das sich die Stadt Gießen im Jubiläumsjahr 2007 gegeben hat.

Bedeutung des Humanvermögens für Wachstum, Wohlstand und Finanzpolitik

Meine Damen und Herren,

Was für die Stadt Gießen gilt, gilt genauso für unser Land insgesamt: Hier lautet das Motto: „Wissen schafft Zukunft“.

Leider handeln wir nicht immer danach. Gerade bei uns in Deutschland werden Wohlstand und Gerechtigkeit immer noch viel stärker an der Höhe der Sozialtransfers festgemacht als am Volumen und dem Ergebnis von Zukunftsinvestitionen.

Nur ein Beispiel: Nach wie vor geben wir auf Bundesebene 70 Cent jedes eingenommenen Steuereuros für die Sozialpolitik aus. 70 Cent sind sehr viel, sie sagen aber noch lange nichts über die Qualität des Wohlfahrtsstaates es aus. Und es sagt gar nichts über die Quellen künftigen Wohlstands, künftiger Lebensqualität oder über die Zukunftschancen der jungen Generation aus!

Immerhin – und das ist ein gutes Zeichen – wächst in unserer Gesellschaft die Einsicht, dass das Motto „Viel hilft viel“ nicht mehr richtig ist. Würde es nämlich stimmen – und könnten wir es finanzieren - müssten wir sehr viele ökonomische und soziale Probleme des Landes längst gelöst haben. Sie sind aber noch nicht gelöst.

Ich sehe es deshalb als wichtige Aufgabe der Politik an, deutlich zu machen, dass nicht eine vornehmlich an Verteilungsgerechtigkeit orientierte Sozialpolitik unsere Zukunft sichert, sondern dass dies nur eine innovative Entwicklung, die von Wissenschaft und Forschung getragen wird, zu leisten vermag.

In der Wissensgesellschaft von heute und morgen sind Innovationen und die fortlaufende Bildung von Humanvermögen die entscheidenden Bestimmungsfaktoren für das Wachstum einer Volkswirtschaft.

Zum einen wird der künftige wirtschaftliche Wohlstand in Deutschland und Europa maßgeblich dadurch geprägt sein, ob und wie es uns gelingen wird, Wissen und berufliche Kompetenzen kontinuierlich auf- und auszubauen.

Zum anderen wird es darauf ankommen, sich im künftig schärfer werdenden internationalen Wettbewerb um mobile kluge Köpfe erfolgreich zu behaupten. D.h. Bedingungen zu schaffen, die es für hervorragend ausgebildete Menschen

attraktiv machen, in Deutschland zu arbeiten, zu forschen und zu lehren.

Deshalb wird die konkrete Ausgestaltung insbesondere der Bildungs- und Hochschulpolitik, aber auch der Arbeitsbedingungen für Hochqualifizierte in Europa einen erheblichen Einfluss auf den Wachstumspfad der europäischen Volkswirtschaften haben.

Meine Damen und Herren,

Wir alle wissen, dass in der Wirtschaft zunehmend gute Qualifikationen gefragt sind. Doch Deutschlands Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen ermöglichen zu wenigen Menschen den wirtschaftlichen Aufstieg durch Bildung.

Nach wie vor entscheidet die soziale Herkunft in hohem Maße über die jeweiligen Bildungschancen: Kinder aus Familien der höchsten Sozialschicht besuchen viermal häufiger das Gymnasium als Kinder aus Facharbeiterfamilien.

Und nur wenige Kinder mit Migrationshintergrund erreichen die Hochschulreife. Nur jeder Fünfte aller 25-34-Jährigen verfügt in

Deutschland über einen Hochschulabschluss oder einen vergleichbaren Bildungsabschluss. Im Ausland sind dies rund 30 Prozent!

Für mich als Finanzminister und Gesellschaftspolitiker heißt das, dass ich trotz knapper Kassen und trotz eines gesamtstaatlichen Schuldenbergs von über 1.500 Mrd. € finanzielle Handlungsspielräume schaffen muss für Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

Genau dieses Ziel verfolge ich mit meiner gestaltenden Finanzpolitik: Zum einen ist mir eine solide Haushaltspolitik wichtig, die dem enormen Schuldenberg endlich zu Leibe rückt. Zum anderen will ich umsteuern, weg von den konsumtiven hin zu den investiven Ausgaben. Ich möchte neue finanzielle Spielräume schaffen und diese für mehr Zukunftsinvestitionen vor allem in die Bereiche Bildung, Forschung und Familie nutzen! Das verstehe ich unter gestaltender Finanzpolitik, zu der es für mich unter den Voraussetzungen des globalen Wettbewerbs keine echte Alternative gibt.

Herausforderungen der Hochschulen in der Wissensgesellschaft

Meine Damen und Herren,

Die Globalisierung macht auch vor der Wissenschaft nicht halt. Von den Hochschulen wird heute viel mehr erwartet als früher: Nicht nur exzellente Wissensvermittlung und wissenschaftliche Forschung leisten, sondern eben auch Innovation - also den Transformationsprozess von Wissen zu marktgängigen Waren - zu vermitteln und mit zu organisieren.

Auch Hochschulen müssen sich dieser Herausforderung stellen. Dabei ist es angesichts des demografischen Wandels enorm wichtig, dass Schritt für Schritt mehr junge Menschen eines Jahrgangs eine Hochschulausbildung erhalten, die nicht nur – aber eben auch! – den jeweils aktuellen Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechen.

Wie sich diese Anforderungen des Arbeitsmarktes in der Wissensgesellschaft entwickeln werden, hat der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Dennis Snower, kürzlich

dargelegt: Nach der dritten großen industriellen Revolution – der IT-Revolution – sieht uns Snower nun am Beginn einer vierten, weltweiten ökonomischen Transformation, die er als „Organisations-Revolution“ bezeichnet.

Charakterisiert wird sie durch die völlige Neuorganisation der Wertschöpfungskette von Unternehmen, wie sie erst durch die vorangegangene IT-Revolution möglich wird: mehr und mehr wird die Wertschöpfungskette in geografisch auseinanderfallende Einzelglieder zerlegt. Einzelne Beschäftigte, die in verschiedenen Ländern ähnliche Tätigkeiten verrichten, werden in zunehmendem Maße direkt miteinander konkurrieren.

Damit verändert sich auch die Definition dessen, was wir mit „Qualifikation“ umschreiben: Qualifiziert zu sein bedeutet nicht mehr nur, Kompetenz im eigenen, wohl abgegrenzten Tätigkeitsfeld zu besitzen. Qualifiziert zu sein bedeutet zukünftig immer stärker auch, das eigene Wissen Teamorientiert und sozial kompetent mit anderen Menschen rund um den Globus zu

verbinden – etwas, was uns allen nicht immer leicht fällt!

Für Schulen und Hochschulen erwächst eine neue Aufgabe mit hoher Verantwortung: Mehr als bisher müssen Hochschullehrer auch intellektuelle Anpassungsfähigkeit vermitteln und die Fähigkeit, Wissen aus verschiedenen Disziplinen zur Lösung neuer Probleme zu kombinieren. Zugegeben ist das nicht einfach, aber es ist enorm wichtig.

Ich glaube ja, dass der disziplinübergreifende Dialog die große Herausforderung, aber auch die große Chance der Hochschulen darstellt. Keine andere Institution in Deutschland bietet bessere Voraussetzungen dafür!

Wie unterstützt die Politik die Hochschulen?

Meine Damen und Herren,

Die Herausforderungen, vor denen die Hochschulen stehen, sind also alles andere als banal. Es ist klar, dass diese Herausforderungen nur zu bewältigen sind, wenn Politik und Staat ent-

schlossen am gleichen Strang ziehen. Für Sie, meine Damen und Herren, wird es wichtig sein, zu hören, dass die Politik die Hochschulen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben nicht allein lässt.

Stichwort „Studentenzahlen“: Unter den aktuellen finanziellen Restriktionen mögen steigende Studentenzahlen heute mehr als Last denn als Chance und Gewinn gesehen werden. 2,3 Millionen Studierende werden es nach Schätzungen der Kultusministerkonferenz im Jahr 2013 sein. Auch längerfristig werden mehr als 2 Millionen prognostiziert.

Von einem „Studentenberg“ ist die Rede – aber schon diese Wortwahl offenbart altes Denken. Denn wir brauchen jede und jeden dieser motivierten jungen Leute, wir brauchen jeden hoch qualifizierten Absolventen, der etwas leisten will. Sie sind keine Last für Hochschulen und Gesellschaft – sie sind unsere Zukunft!

Deshalb begrüße ich es außerordentlich, dass Bund und Länder - selbst unter schwieriger gewordenen Rahmenbedingungen in der föderalen

Ordnung – im Gestalt des Hochschulpakts 2020 die Kraft zur erfolgreichen Zusammenarbeit gefunden haben, um den Hochschulen die Bewältigung der Herausforderungen zu ermöglichen.

Der Hochschulpakt ist gut, auch weil er Planungssicherheit gibt. Sorge bereitet mir, dass trotzdem manche Bundesländer nach wie vor versuchen, die Studentenzahlen zu verringern, anstatt sie zu erhöhen. Bundesweit gibt es - entgegengesetzt zur Entwicklung des Bedarfs - eine Tendenz, die Kapazitäten zu verknappen. Ob diese Schieflage durch die im Hochschulpakt vereinbarten Verteilungsmechanismen hinreichend korrigiert werden kann, bleibt abzuwarten.

Neben dem Hochschulpakt hat der Staat mit der zu 75% vom Bund finanzierten Exzellenzinitiative einen weiteren wichtigen Schritt gemacht, um die Hochschulen bei der Qualitätsverbesserung und der Schärfung ihres Profils zu unterstützen. Obwohl ich Finanzminister bin und damit aufs Geld schauen muss, unterstütze ich diese wichtige Initiative und freue mich über die ersten Erfolge der Spitzenuniversitäten, die

aus meiner Sicht leider viel zu einseitig aus Südwestdeutschland kommen. Dass es auch hier in Hessen in der Breite exzellente Ausbildung gibt - davon konnte ich mich heute in Marburg und hier in Gießen überzeugen! Das gleiche gilt übrigens – sehen Sie mir meine Nähe zu dem Land nach – auch für Nordrhein-Westfalen!

Meine Damen und Herren,

Gerade die bisherigen Erfahrungen mit der Exzellenzinitiative zeigen Eines ganz deutlich: Wir brauchen mehr tragfähige strategische Kooperationen vor Ort. Das heißt für die Hochschulen nicht zuletzt, die Zusammenarbeit mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen aktiv zu suchen und auszubauen. Überall, wo dies gelingt, wird es nicht nur intellektuell spannender, sondern auch erfolgreicher für Wissenschaftler und Studierende.

Ich sage das auch, weil ich als Vertreter der Bundesregierung natürlich sehe, was der Bund alles für die Forschungseinrichtungen machen kann. Ich denke nur an den von Bundesregie-

rung und Ländern verabschiedeten Pakt für Forschung und Innovation. Damit erhalten die großen Wissenschafts- und Forschungsorganisationen beginnend ab 2006 mehr Geld für die Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit, für stärkere Kooperationen und für die bessere Förderung der Nachwuchswissenschaftler. Gerade Neues und Unkonventionelles soll hierdurch stärker gefördert werden.

Natürlich tragen die Bundesländer eine besondere Verantwortung, wenn es darum geht, die Hochschulen auf den zunehmenden internationalen Wettbewerb einzustellen - erst Recht nach der sogenannten Föderalismusreform I. Dazu gehört in erster Linie, die Hochschulen mit dem Maß an Ressourcen und Selbständigkeit zu versehen, dass sie in die Lage versetzt, im verstärkten Wettbewerb zu bestehen und das zu leisten, was die Gesellschaft von ihnen erwartet.

Ich begrüße die Entwicklung hin zu mehr Selbständigkeit und Verantwortung, weil ich glaube, dass dies die notwendigen Veränderungsprozesse hin zu mehr konstruktiver Zusammenarbeit

untereinander und auch mit innovativen Unternehmen beflügelt - und nicht zuletzt auch eine gute Lehre für Studierende befördert.

Meine Damen und Herren,

Angesichts der Herausforderung von Globalisierung und einer demografischen Entwicklung, die auf die Wachstumsraten der Volkswirtschaft drückt, brauchen wir - ganz im Sinne des Schwerpunktes der heutigen Veranstaltung – eine **stärkere Integration von Forschung, Innovation, Ausbildung und wirtschaftlicher Verwertung von Ideen.**

Dass das Problem des mangelnden Wissens- und Technologietransfers nicht neu ist in Deutschland, zeigt nicht zuletzt der Namensgeber der hiesigen *Alma Mater*, Justus Liebig, auf den ich an dieser Stelle gerne zurückkomme:

Das Backpulver, das Liebig zum Zwecke rationaler Brotherstellung unter anderem für die Truppenverpflegung entwickelt hatte, machte nicht etwa ihn, sondern seinen Schüler Horsford in den USA zum Millionär. Liebig selbst erhielt

dagegen nur ca. 300 Mark an Lizenzgebühren.
Wenn Sie mich fragen: keine gute Verteilung
der Forschungsrendite!

Was damals begonnen hat, setzt sich leider bis
heute fort: Unsere besten Forschungsprojekte
haben bis in die jüngere Vergangenheit regel-
mäßig die Frage vernachlässigt, wie aus den
Forschungsergebnissen neue Produkte, neue
Dienstleistungen und neue Verfahren entstehen
könnten.

Auch noch mehr als 150 Jahre nach Justus Lie-
big führt das – wie im Falle der MP3-Techno-
logie - dazu, dass viel zu viele Ideen aus deut-
schen Wissenschaftseinrichtungen in anderen
Ländern zum Innovationserfolg geführt werden.
Arbeitsplätze und Millionäre entstehen dort
statt hier. Damit können wir nicht zufrieden
sein!

Meine Damen und Herren,

Reges Innovationsgeschehen ist der Motor einer
jeden Volkswirtschaft. Um diesen Motor auf
Touren zu bekommen, brauchen wir eine Kultur

des – im Idealfall barrierefreien – Miteinanders zwischen Bildung, Wissenschaft und Wirtschaft, die den Wissens- und Technologietransfer zwischen den Disziplinen befördert. Wir brauchen ein gesundes Nebeneinander von Grundlagenforschung und angewandter Forschung und wir brauchen Offenheit und Verständnis füreinander, statt Dünkel und jeweiliger Abkapselung.

Unternehmensgründungen aus der Wissenschaft sind dabei wichtige Impulsgeber im Prozess des Wissens- und Technologietransfers. Ich weiß, dass es da nach wie vor Berührungängste gibt. Trotzdem halte ich erfolgreiche Ausgründungen aus der Wissenschaft für eine echte Win-Win-Situation: Die Wissenschaftseinrichtungen verlieren zwar exzellente Wissenschaftler und müssen sich um Nachwuchs neu bemühen. Der Nachwuchs bekommt dafür gute Vorbilder; und die erfolgreichen Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer halten den Kontakt zu ihren ehemaligen Einrichtungen, was häufig dazu führt, dass die Wissenschaftseinrichtungen externe Gelder über gemeinsame Projekte wieder einwerben können.

Ich konnte mich kürzlich in Magdeburg von der äußerst produktiven Zusammenarbeit zwischen dem dortigen Fraunhofer-Institut für Fabrikbetrieb und –automatisierung und jungen Existenzgründerinnen und Existenzgründern überzeugen. Die jungen Menschen haben mich sehr beeindruckt. Mit Mut und Zuversicht haben sie den Schritt in die Selbständigkeit gewagt und sind mittlerweile sehr erfolgreich. Ihre alten Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben sie nicht vergessen. Im Gegenteil, die Zusammenarbeit ist eng. Sie holen sich von dort Projektmitarbeiter und treiben gemeinsam innovative Entwicklungen voran. So stelle ich mir das nicht nur in Magdeburg vor, sondern überall!

Leider ist dieses positive Bild noch nicht der Regelfall in Deutschland. Erfolgreiche Innovationen sind zu oft nicht der Output wissenschaftlicher Forschung. Deutschland besitzt wegen seiner differenzierten und dichten Forschungslandschaft zwar ein besonders großes, aber noch lange nicht ausgeschöpftes Potenzial für akademische Ausgründungen.

Für den Staat stellt sich die Frage, wie wir zu einem stärkeren Miteinander von Wissenschaft und Wirtschaft beitragen können. Für die Bundesregierung bildet vor allem die **High-Tech-Strategie** eine wichtige Basis. Ich will hier nicht auf Einzelheiten eingehen. Aber die Grundphilosophie lautet: Mit dem Aufbau strategischer Partnerschaften zwischen Bildung, Wissenschaft und Wirtschaft und der Gestaltung innovationsgerechter Rahmenbedingungen sollen Brücken zwischen Forschung und Märkten ausgebaut werden.

Vor allem das Programm **EXIST – Existenzgründungen aus der Wissenschaft** funktioniert dabei gut. EXIST fördert beides: Sowohl Projekte zur nachhaltigen Entwicklung einer neuen Gründungskultur in der Wissenschaft als auch individuelle Existenzgründungen aus Hochschulen in der Vorphase der Unternehmensentwicklung. Ich bin gespannt, was die neu eingeführte **Forschungsprämie** bewegen wird. Der Grundgedanke ist unmittelbar einleuchtend: Die Forschungsprämie wird an Hochschulen und Forschungseinrichtungen

vergeben, die Forschungsaufträge von kleinen und mittleren Unternehmen ausführen. Das sollte für die Wissenschaftseinrichtungen Ansporn sein, stärker mit der Wirtschaft zusammenzuarbeiten.

Auf Unternehmensseite werden die Maßnahmen sinnvoll durch das Programm **PRO INNO** ergänzt: PRO INNO fördert die Kooperation von kleinen und mittleren Unternehmen untereinander und mit Forschungseinrichtungen. Also: Mittlerweile wird für die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft und für die Existenzgründung aus der Wissenschaft heraus viel getan!

Ich habe in Nordrhein-Westfalen die Erfahrung gemacht, dass es besonders erfolgversprechend ist – und jetzt wende ich mich vor allem an die vielen Studierenden hier im Saal -, nicht bis nach dem Studium zu warten, sondern schon während des Studiums erste Schritte in Richtung Selbständigkeit zu wagen – zum Beispiel mit Kommilitonen zusammen. In dieser Zeit befindet man sich sozusagen noch im geschützten Raum. Viele Studierende bekommen von den

Eltern oder über das BAföG zwar wenig, aber doch genug Geld zum Leben und müssen sich noch keine Sorgen über den Broterwerb machen. Ich kann Sie nur ermutigen: Nutzen Sie die Zeit, sammeln Sie erste Erfahrungen! Dann ist die Hürde nach dem Studium nicht ganz so hoch.

Meine Damen und Herren,

Natürlich weiß ich, dass meine Aufmunterung auf eine hohe Hürde stößt, die auch für mutige junge Menschen nicht leicht zu nehmen ist: Auf die nach wie vor unzureichende Innovationsfinanzierung. Immer wieder scheitern innovative Ideen schon im Ansatz, weil ihnen die entsprechenden Finanzierungsmittel fehlen. Die Banken sind in der Regel nicht bereit, ohne weitgehende Sicherheiten größere Finanzierungssummen bereit zu stellen. Aber wer hat zum Zeitpunkt einer Existenzgründung schon umfassende Sicherheiten?

Das Problem ist verzwickelt, aber nicht neu. Die Politik hat darauf reagiert und bereits vor Jahren einen bei der staatlichen Kreditanstalt für

Wiederaufbau gemanagten High-Tech-Gründerfonds ins Leben gerufen. Auch das sogenannte ERP-Innovationsprogramm stellt ein wichtiges Finanzierungsinstrument in der Frühphase von innovativen Firmen dar. Das sind wichtige Instrumente und es ist gut, dass es sie gibt.

Im internationalen Vergleich wird jedoch deutlich, dass sie nicht reichen. Ganz nüchtern festgestellt: Deutschland bleibt bei der Bereitstellung von Wagniskapital hinter anderen entwickelten Industrieländern zurück.

Deswegen wird die Große Koalition auch an dieser Stelle handeln und strukturelle Verbesserungen vornehmen. Mein Haus, das Bundesfinanzministerium, arbeitet mit Hochdruck an einem Entwurf für ein Wagniskapitalbeteiligungsgesetz, um die Frühphasen- und Wachstumsfinanzierung von jungen, innovativen Unternehmen zu verbessern.

Wir wollen ganz gezielt die jungen innovativen Firmen mit günstigeren steuerlichen Rahmenbedingungen unterstützen.

Das Gesetz wird sich nicht auf den gesamten Beteiligungskapitalbereich erstrecken. Ich sehe einen fundamentalen Unterschied zwischen kleinen innovativen Unternehmen, die dringend Beteiligungskapital benötigen und großen Private Equity Fonds, deren Aktivitäten ich nicht auch noch steuerlich fördern muss.

Private Equity Fonds übernehmen volkswirtschaftlich wichtige Funktionen, es gibt aber auch Übertreibungen und Risiken. Deswegen arbeiten wir parallel zur Förderung von Wagniskapital an Maßnahmen zur Begrenzung des Risikos im gewöhnlichen Beteiligungsmarkt. Erste Ergebnisse sollen bereits vor der Sommerpause vorliegen.

Schluss

Meine Damen und Herren,

Politik kann die Rahmenbedingungen für Existenzgründungen und für Zusammenarbeit verbessern. Sie kann aber keine Gründermentalität verordnen oder den Mut zur Selbständig-

keit einimpfen. Politik kann auch nicht die Bereitschaft zur Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft befehlen. Alles das muss von den Wissenschaftlern und Studierenden kommen, die offen für Neues sind.

Um es noch einmal in aller Deutlichkeit zu sagen: Niemand will die Grundlagenforschung abschaffen. Im Gegenteil, wir brauchen gute Grundlagenforschung, um den Erkenntnisfortschritt voranzutreiben.

Deswegen muss ich auch nicht jedes wirtschaftliche Interesse gut finden und alles wissenschaftliche Handeln unter einem Verwertungsgesichtspunkt betrachten. Das mache ich auch nicht.

Genauso falsch wäre aber auch, jeglichen Verwertungsgedanken von vornherein in Misskredit zu bringen. Das halte ich volkswirtschaftlich ebenso falsch wie wissenschaftlich. Denn Forschung, die sich gar nicht um aktive Anwendung kümmert, die nicht neugierig ist auf Rückmeldungen aus der Praxis, die sich nicht einbringen will zur Lösung der wirtschaftlichen,

technischen und gesellschaftlichen Probleme – eine solche Forschung ist blutleer und fade.

Angesichts der vielfältigen Herausforderungen durch Globalisierung, demografischem Wandel und Klimawandel sind wir noch stärker als früher auf wissenschaftlichen Fortschritt und auf hervorragend ausgebildete Studierende angewiesen. Immer wichtiger erscheint mir dabei, das Denken in Säulen aufzugeben – also sowohl fächerübergreifend zusammenzuarbeiten als auch eine Gründermentalität zu entwickeln, die den jungen Menschen verschiedene Wege in die berufliche Zukunft eröffnet.

Ich habe den Eindruck, dass diese Erkenntnis mittlerweile bei Vielen existiert und bin deswegen zuversichtlich, dass wir die Barrieren zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zunehmend abgebaut bekommen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!